

IMMO AUTO JOB MINI-MAZ TRAUER BRANCHEN MAZ ONLINE-SERVICE-CENTER

Wetter RSS Newsletter E-Paper MAZ-Online.de Anmeldung

Stichwort eingeben Suchen

23 ° / 16 °
Regenschauer

Märkische Allgemeine

PARTNER IM
RND
REDAKTIONSNETZWERK
DEUTSCHLAND

HOME BRANDENBURG LOKALES LOKALSPORT FUSSBALL NACHRICHTEN RATGEBER Sonntag MÄRKTE LESERSERVICE INHALT

Artikel veröffentlicht: Montag, 16.01.2017 06:39 Uhr

Trend geht leider in Richtung Erderwärmung“

Große Sorgen eines Potsdamer Klimaforschers

Der Potsdamer Klimaforscher Hans Joachim Schellnhuber macht sich große Sorgen um die Erderwärmung. Von einer Pause will er nichts wissen, er fürchtet, dass der Klimawandel seine eigene Dynamik entwickelt. Für die brandenburgische Kohlepolitik hat er dafür wenig Verständnis. In der Lausitz könnte dagegen echte Pionierarbeit geleistet werden, glaubt er.

Potsdam. Hans Joachim Schellnhuber (66), Direktor des Potsdam Instituts für Klimafolgenforschung (PiK), genießt weltweit hohes Ansehen als Mahner vor den Folgen der Erderwärmung. Als Gründungsdirektor des PiK beschert Schellnhuber mit seinem Team seit 1992 der Wissenschaftsstadt Potsdam einen international herausragenden Ruf in Sachen Erdsystem-Analyse.



Seit Oktober leitet der Forscher eine EU-Expertengruppe, die den Abschied von der Kohle vorbereiten soll.

Professor Schellnhuber, 2016 soll klimatologisch schon wieder ein Rekordjahr gewesen sein. Welche Werte haben Sie besonders erschreckt?

Hans Joachim Schellnhuber: Wirklich bestürzend ist, dass 2016 bereits das dritte rekordwarme Jahr in Folge ist. Damit ist deutlicher denn je: das ganze Gerede von einer Erwärmungspause war Blödsinn. Nun gibt es natürlich in komplexen Systemen immer Schwankungen, 2017 könnte zum Beispiel deutlich kühler werden, bald danach wird es wieder nach oben gehen. Die einzelnen Ausschläge haben mit dem Wetterphänomen El Nino und vielen anderen Faktoren zu tun. Entscheidend ist aber nicht dieses Auf-und-Ab, sondern der langfristige Temperaturtrend – und der weist leider klar in Richtung Erderwärmung. Was wir 2016 zudem feststellen, ist der Schwund des Meereseises sowohl in der Arktis als auch in der Antarktis. Legt man die Beobachtungsdaten übereinander und bildet die Summe, sieht man einen enormen Ausreißer. Die Linie springt aus allem heraus, was wir in den letzten 30 bis 40 Jahren gesehen haben. Es scheint hier ein sich selbst verstärkender Prozess in Gang gekommen zu sein. Die Schmelze könnte ein Vorzeichen dafür sein, dass der Klimawandel seine eigene Dynamik entwickelt. Wenn wir die größten Risiken noch vermeiden wollen, dann müssen wir jetzt umlenken.

Die brandenburgische Landesregierung scheint von solchen Alarmzeichen wenig beeindruckt. Sie haben sich Ende Oktober kritisch über deren Kohlepolitik geäußert. Können Sie die Hauptpunkte noch einmal zusammenfassen?

Schellhuber: Wenn Deutschland zusammen mit über 190 Nationen weltweit das Pariser Klimaabkommen beschließt, das im vergangenen Monat in Kraft getreten ist, dann stehen auch wir in Brandenburg in der Pflicht. Zumal der Klimawandel auch nicht an unseren Landesgrenzen Halt macht, **wie die Forschung ganz klar zeigt**. Mehr Extremwetter, erhöhte Waldbrandgefahr, auch etwa die inzwischen alle paar Jahrzehnte stattfindenden „Jahrhundert-Hochwasser“ der Elbe - das betrifft uns doch alles ganz direkt. Wir müssen also den Ausstoß von Treibhausgasen senken. Die Kohle als schmutzigster fossiler Brennstoff hat keine Zukunft, und deshalb sollten wir jetzt alle gemeinsam etwas tun für die betroffenen Regionen, um zukunftsfähige Arbeitsplätze für die Menschen dort zu schaffen. Wenn die Lausitz ein Pionier des Umbaus würde, ließen sich da sicher auch Mittel aus Berlin und Brüssel organisieren. Der bisherige Kohlekurs der Landesregierung scheint da nicht besonders zielführend zu sein. **Leider gibt es hierzu bislang kein Gespräch zwischen der Politik aus Potsdam und der Klimafolgenforschung aus Potsdam**. Vielleicht haben einige in der Landesregierung kein richtiges Interesse **an unseren wissenschaftlichen Erkenntnissen**. Vielleicht war es auch einfach ein Versehen. Mit der Stadt Potsdam arbeiten wir seit Jahren intensiv zusammen, uns als Institut mit weltweiten Verbindungen liegt sehr an dieser Anbindung zuhause.

Hat die Landesregierung noch ein Verantwortungsbewusstsein in Sachen Klimapolitik?

Schellhuber: Unter Ministerpräsident Matthias Platzeck gab es einmal im Jahr eine sehr intensive Kabinettsrunde mit dem Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung. Das hat die Regierung Woidke seltsamerweise nicht fortgesetzt. Insofern weiß ich nicht, wie die Ansichten sind. Ich denke schon, dass man die Notwendigkeit einer nachhaltigen Entwicklung sieht. Aber ich habe das Gefühl, dass man sich nicht recht schlüssig ist, wie man weiter vorgehen soll. Aber genau deswegen bieten wir unsere Expertise an. Brandenburg ist bewundernswert weit vorangekommen beim Ausbau der erneuerbaren Energien, vor allem der Windkraft. Dabei können wir aber nicht stehen bleiben. Es wäre Zeit für den nächsten Schritt.

Bei einem Gespräch würde der Ministerpräsident sicher das Argument von rund 8000 Arbeitsplätzen in der Braunkohleindustrie einbringen. Was würden Sie erwidern?

Schellhuber: Die Lausitz ist doch schon längst von einer massiven Veränderung betroffen – wie übrigens auch andere ehemalige Industriegebiete in Ostdeutschland. Von ehemals rund 90 000 Arbeitsplätzen in der Braunkohleindustrie bei der Wende ist nicht mal ein Zehntel übrig geblieben. Das geschah nicht wegen des Klimaschutzes, sondern einfach wegen Automatisierung und Strukturwandel. Zudem ist die Braunkohleverstromung im Gegensatz zu regenerativen Energien auch nicht unbedingt ein Exportschlager. Die Arbeitsplätze könnten unter einem neuen Investor zwar für ein paar weitere Jahre erhalten werden. Aber bald darauf macht der Letzte im Revier das Licht aus.

Warum halten Sie die Kohlepolitik des Landes für unklug?

Schellhuber: Man kann natürlich versuchen, alle Veränderungen abzuwehren und noch zehn oder zwanzig Jahre mit dieser letztendlich nicht zukunftsfähigen Industriebranche durchzukommen.

Man kann aber auch erkennen, dass die Transformation auf jeden Fall kommt. Schon allein durch die Digitalisierung entsteht ein unglaublicher Druck auf Arbeitsplätze – nicht nur in der Lausitz. Dann sollte man versuchen, diese Transformation aktiv zu gestalten und ganz neue Arbeitsplätze zu schaffen, anstatt veraltete Arbeitsplätze zu verteidigen. Ich verstehe gut, dass die Menschen gerade in Brandenburg der ständigen Veränderungen überdrüssig sind. Aber es hilft ja nichts, sich die Decke über die Ohren zu ziehen. Wir sind überall auf der Welt einem Wandel unterworfen. Man muss dem Wind, der einem ins Gesicht bläst, die Stirn bieten.

Wie bietet man dem kalten globalen Wind in der Lausitz die Stirn?

Schellhuber: Ein Vorschlag ist, schnellstmöglichst **eine Kommission** aus Experten, Wirtschaftsvertretern und Politikern einzusetzen, die überlegt, welche Optionen es für die Lausitz gibt. Wenn diese Kommission zu dem Ergebnis käme, dass das „Weiter so!“ die einzige sinnvolle Option ist, würde sie das natürlich auch so zu Papier bringen. Ich bin aber ziemlich sicher, dass es bessere Strategien gibt, als an der Braunkohle festzuhalten.

Haben Sie Industrien im Sinn, die eine Transformation in der Lausitz möglichst reibungslos und für die Bevölkerung akzeptabel bewerkstelligen könnten?

Schellhuber: Ganz reibungslos wird gar nichts abgehen! Trotzdem sollte man versuchen, nachhaltige Industriepolitik zu betreiben, die zum einen **Rücksicht auf die natürlichen Ressourcen** nimmt, zum anderen aber soziale Härten möglichst abfedert. Schaut man sich die ganze Vielfalt der Industrie und der Branchen der Region an, sieht man, dass da große Expertise existiert. Es gibt da vieles, an das man anknüpfen könnte.

Als da wäre?

Schellhuber: Windenergie schafft dort schon an die **500** Arbeitsplätze. Die ließe sich zu neuartigen regenerativen Energieformen ausdehnen. **Es gibt ganz ernsthafte Versuche mit Drachen, die Wind in größerer Höhe flexibel auffangen¹**. Daraus ließen sich neue Branchen entwickeln. Auf der anderen Seite ist da die Abscheidung von CO₂ vor allem in der Schwerindustrie. Die in Brandenburg bereits versuchte CO₂-Sequestrierung wird nach dem Pariser Abkommen wieder eine Rolle spielen. Und warum sollte man auch nicht den **Versuch machen, bei Techniken wie Energiespeicherung und E-Mobilität etwas aufzubauen?** Kreislaufwirtschaft und 3D-Druck wären weitere Möglichkeiten. **Natürlich wird nicht alles funktionieren. Wichtig ist aber, dass man erst einmal ein Portfolio formuliert** und dann natürlich auch Ideen entwickelt, wie man Investoren findet.

Klingt großartig, aber auch ein bisschen blauäugig, oder?

Schellhuber: Ich habe vor ein paar Monaten die Provinz Fukushima in Japan besucht. Die Region hätte nach dem Reaktorunglück auch verzweifeln können. Man hat jedoch gesagt: Aus der Krise schöpfen wir Kraft für die große Innovation. Wir wollen die erste Provinz Japans sein, die vollständig auf erneuerbare Energien umsteigt. Das kann scheitern, es ist aber eine neue Perspektive. Ich könnte mir vorstellen, dass sich auch die Lausitz sagt, wir wollen zeigen, dass man so eine Region

¹ Anmerkung: Dieser Satz sagt eigentlich alles über die Qualifikation dieses "Wissenschaftlers". Es genügen schon einfache Fragen wie: "Wie wird denn der Drache festgehalten, um dem Wind den notwendigen Widerstand zu bieten, damit überhaupt Stromenergie erzeugt werden kann? Und was würden solche Befestigungseile an Eigengewicht "kosten"? Wie bleiben sie in der Luft bei Windstille? Schlagen sie dann einfach auf dem Boden auf? usw..."

transformieren kann, und zwar in eine, die am Anfang des Fortschritts steht. Dafür könnte man auch beim Bund und bei der EU Mittel akquirieren – allerdings gewiss nicht, wenn man sich ans Ende der Schlange stellt.

Es gibt aber noch eine Sorge: die Versorgungssicherheit. Ist das bloß Propaganda der Industrie?

Schellnhuber: Das Argument, dass die Lichter ausgehen, habe ich schon so oft gehört, dass ich nur noch schmunzeln kann. Natürlich kann man nicht einfach zwei Gigawatt Kapazität wegnehmen. Aber wir haben strukturell eher ein Überangebot von Strom. **In Japan läuft derzeit ein einziges Atomkraftwerk von 51, trotzdem sind die Lichter in Tokio so hell wie zuvor.** Der Übergang geht natürlich nicht von heute auf morgen. Einerseits wird man im europäischen Verbund zunächst Schwankungen ausgleichen müssen. Andererseits wird die **Speichertechnologie** eine Rolle spielen. **Da wäre es spannend**, wenn die Lausitz hier eine Pionierregion werden könnte. Das wäre zum Beispiel **eine reizvolle Aufgabe** für die Brandenburgische Technische Universität in Cottbus und Senftenberg.

Inwiefern?

Schellnhuber: Bei der Technologie „Strom zu Gas“ kann ich aus Windstrom mit Hydrolyse Wasserstoff für die **Energiespeicherung** erzeugen. Oder ich kann noch CO₂ dazu nehmen und künstliches Methan erzeugen, also praktisch Erdgas, oder auch Methanol, das als Treibstoff eingesetzt werden kann. **Im Augenblick sprechen noch die Kosten gegen solche Innovationen.** **Ich bin aber sicher**, mit ausreichenden Investitionen und der notwendigen Expertise würde man den Durchbruch schaffen. Es gibt so viele Optionen, dass jede Region gut beraten wäre, wenn sie nach vorne schreiten würde. Entscheidend ist, dass man bald beginnt. Für die Lausitz wäre es eine Win-Win-Situation. Wenn ausgerechnet diese Region sagt, wir wollen die Avantgarde bilden, wäre das ein völlig anderes Narrativ, das enorm viel Sympathie und Unterstützung bekäme.

Nun gibt es nicht nur die Ebene des Landes, sondern auch die Ebene der Kommunen. Potsdam zum Beispiel möchte klimaneutrale Stadt werden. Wenn ich mir aber zum Beispiel die Staus anschau, bekomme ich Zweifel, dass das klappt.

Schellnhuber: Das geht mir auch so. Aber Potsdam hat gute Konzepte. Die Landeshauptstadt ist eine von 22 deutschen Kommunen, die einen Klima-Masterplan entwickeln. Dazu gehört die Wärmedämmung, die Energieerzeugung, natürlich auch der Verkehr. Es wird eine massive Veränderung in der Mobilität geben, zum Beispiel andere Antriebssysteme, Busse und Bahnen, oder Entlastung durch Car-Sharing.

Der Verkehr ist nur ein Beispiel. Die Frage ist doch: Gibt es auf kommunaler Ebene echte Anstrengungen zur Klimaneutralität?

Schellnhuber: Ich war gerade in Hannover. Da haben verschiedene Kommunen aus Niedersachsen ihre Null-Kohlenstoffpläne vorgestellt. Manche waren hier weit fortgeschritten. Insofern sehe ich überall in Deutschland ernste Initiativen von unten her, die zu einem Netzwerk zusammenwachsen werden. Ich bin sehr ermutigt von dieser Veranstaltung zurückgekommen. Vielleicht sollte man das in Brandenburg als Vision stärken, dass letztlich auch die nachhaltig denkenden und handelnden Kommunen zusammenwachsen, weil sie zusammengehören.

Eine schöne Vision. Aber vielleicht würde mancher Märker fragen, warum sollen wir uns klimapolitisch aufopfern, wenn die USA unter Donald Trump alle Klimaanstrengungen in den Wind schlagen.

Schellnhuber: Erstens geht es gar nicht ums Aufopfern. Ich glaube, in der Braunkohle sind die Arbeitsplätze in jedem Fall nicht länger als vier oder fünf Jahre sicher. Die Kohleverstromung hat nicht wirklich eine Zukunft, und darum muss sich auch der einzelne Arbeitnehmer neue Optionen überlegen. Das Zweite ist, dass die Landesregierung das Gemeinwohl im Auge haben muss. **Es kann überall Verlierer geben, aber man muss dafür sorgen, dass es möglichst viele Gewinner gibt.** Das Dritte ist: **Deutschland soll keineswegs stellvertretend für die USA nun das Klima retten.** Es wäre schön, wenn die Bundesrepublik einfach nur den Beitrag leisten würde, zu dem sie sich im Klima-Abkommen der Vereinten Nationen verpflichtet hat. Wer in Paris „Zwei Grad“ sagt, muss natürlich auch mit seinen nationalen Plänen nachziehen, **sonst wird irgendwann das ganze Völkerrecht auf den Müllhaufen der Geschichte geworfen.**

Dem Thema Donald Trump sind Sie jetzt aber etwas ausgewichen.

Schellnhuber: Warten Sie ab. Trump hat für USA tatsächlich angedeutet, aus der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen auszusteigen. Wenn er nur aus dem Pariser Abkommen aussteigt, braucht er dazu wahrscheinlich vier Jahre, steigt er aber aus der Klimarahmenkonvention selbst aus, kann er es in sechs Monaten schaffen. Das würde jedoch bedeuten, dass die USA sich im Grunde aus den Vereinten Nationen verabschieden. Kurzfristig kann das wirtschaftliche Vorteile bringen. Langfristig würden die USA bei der Rückkehr zu fossilen Brennstoffen ihren Vorsprung als Wirtschaftsmacht verspielen. Sie würden sich aus der industriellen Moderne verabschieden. Insofern gibt es jetzt **für Europa und auch für China die Chance, den wirtschaftlichen Fortschritt von vorne zu gestalten.**

Wenn Trump aber tatsächlich kurzfristig Erfolg hätte, wie soll ich dann als europäischer Politiker mein Wahlvolk dazu bringen, langfristig zu denken?

Schellnhuber: Da wären wir bei der Populismusdebatte. Ich meine, es ist nicht Aufgabe der Politiker, dem Volk einfach nur aufs Maul zu schauen und ihm zu servieren, was es gerade will. Man wählt in einer parlamentarischen Demokratie Vertreter, denen man zutraut, dass sie sowohl das Allgemeinwohl als auch die längerfristige Entwicklung einer Kommune, eines Bundeslandes oder einer Nation im Auge haben. Dass sie Führungsstärke zeigen und Perspektiven entwickeln, wo vorher keine waren. Das ist der Sinn der parlamentarischen Demokratie. Sonst könnte ich ja einfach ein Umfrageinstitut beauftragen, die aktuellen Mehrheitswünsche zu ermitteln – und die würden dann eine zu eins umgesetzt. Wir haben aber nicht das permanente Plebiszit in der Politik, sondern wir vertrauen bestimmten Menschen auf Zeit die Geschicke eines Landes an. Diese gewählten Vertreter sind dann relativ frei – so verlangt es die Verfassung – die Zukunft zu gestalten. Und müssen sich dann natürlich regelmäßig, aber eben nicht alle paar Tage, dem Urteil der Wähler stellen.

Das Establishment könnte also ruhig mehr Mut zu eigenen Überzeugungen haben?

Schellnhuber: Als Bürgermeister oder Ministerpräsident hat man selbstverständlich die Aufgabe, auch die mittel- und langfristige Entwicklung ins Auge zu fassen. Davon lebt die Demokratie: Von kurzfristigen Interessen des Einzelnen einerseits, und von den politischen Institutionen, die ein

Gegengewicht schaffen, andererseits. Im Alltag weiß ich ja auch, dass ich meine Elternrolle nicht dadurch erfülle, dass ich meinem Kind alles gebe, was es gerade will. Ich werde natürlich versuchen, meinem Kind Vergnügen zu bereiten, aber gleichzeitig muss ich dafür Sorge tragen, dass es Werte verinnerlicht, dass es zu einem sozialen Menschen wird, seine Kreativität entwickelt und eine gute Ausbildung bekommt. Eine solche Balance muss auf anderer Ebene auch ein Landesvater gegenüber den mündigen Bürgern zeigen. Nimmt er diese ernst, dann macht er ihnen Angebote, auf die sie selbst vielleicht nicht gekommen wären. Aber deshalb haben sie ja auch ihn beauftragt, ein durchaus rationales Outsourcing von Verantwortung. Die die Politik dann aber auch annehmen muss.

Kann die Bundesregierung die Zukunft mit ihrem Vorsitz der G20 klimapolitisch gestalten?

Schellnhuber: Es ist derzeit alles schwierig. Vor dem Brexit im Juni und vor der Trump-Wahl im November sah manches anders aus; auch ich dachte noch Ende vergangenen Jahres bei der Pariser Klimakonferenz: Jetzt geht es endlich voran. Nun gibt es Rückschläge. Aber der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung zu globalen Umweltveränderungen, dem ich vorsitze, hat jetzt ein Gutachten mit einer Reihe von guten Vorschlägen für die G20-Wirtschaftsmächte vorgelegt. Optimistisch stimmt mich außerdem, dass nach der Klimakonferenz von Marrakesch trotz der Wahl Trumps kein einziges Land gesagt hat, wir schrauben unsere Ambitionen zurück. Im Gegenteil haben eine Reihe von Ländern wie China, Mexiko, Deutschland, Kanada Klima-Pläne vorgelegt. Ich glaube, dass der Nachhaltigkeitszug nicht mehr aufzuhalten ist.

Es gibt also Hoffnung für 2017?

Schellnhuber: Ich denke schon, dass der G20 Prozess gute Ergebnisse erzielen kann, wenn die USA nicht aktiv blockieren. Aber auch bei den Amerikanern gibt es Lichtblicke. Ich habe bei der Klimakonferenz auch mit den kalifornischen Vertretern gesprochen. Kalifornien alleine ist die sechstgrößte Volkswirtschaft der Welt. Sie erwirtschaftet 35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der USA. Dieser Bundesstaat bremst seine Klimapolitik nicht, er beschleunigt sie im Augenblick sogar. Ich glaube, dass man 2017 Nachhaltigkeits- und Innovationspartnerschaften sehen wird, die es so bisher nicht gab. Kalifornien, Deutschland, China wären zusammen zum Beispiel eine interessante Achse, die vom äußersten Westen bis zum äußersten Osten reichen würde. Großbritannien und die USA als Ganzes werden dagegen klimapolitisch vielleicht eine geringere Rolle spielen. Das sind Verschiebungen. Aber warum sollte nicht eine der größten und ältesten Kulturnationen der Geschichte, nämlich China, wieder die Führung übernehmen? Schließlich geht es darum, in ein neues Zeitalter einzutreten.

Von Rüdiger Braun